

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wir fahren zusammen: Mit besseren Arbeitsbedingungen im Nahverkehr den Klimaschutz stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für eine massive Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs zu sorgen. Ziel muss es sein, allen Menschen eine bequeme, sichere, bezahlbare und klimafreundliche Mobilität zu ermöglichen, um so zum bundesweiten Ziel einer Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 beizutragen. Die Mobilitätswende wird aber nur mit guten und vor allem sicheren Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe gelingen.

Deshalb wird der Senat aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen bzw. sich gegenüber der BVG, BT und S-Bahn für deren Umsetzung einzusetzen:

- Beschleunigung des Bus- und Straßenbahnverkehrs durch Vorrangschaltungen für öffentliche Verkehrsmittel an Ampeln, der Einführung von Busspuren und Kombistreifen;
- Unterstützung der BVG bei der Schaffung besserer Arbeitsbedingungen, beispielsweise durch Toiletteninfrastruktur an Wendeschleifen, bessere Schichtmodelle und die leichtere Vereinbarkeit von Beruf und Familie;
- Förderung kombinierter Personalgewinnungsstrategien durch das Wiederbeleben des Spurwechsels und anderer Integrationsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt;
- Nach dem Beispiel des Brandenburgischen Programms „Spurwechsel“ soll abgelehnten Asylbewerber*innen die Annahme eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes bei der BVG oder BT und entsprechenden Aufenthaltstitels ermöglicht werden.

- Die Hürden zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Führerscheine sind abzubauen. Es gilt etwa die sprachlichen Voraussetzungen der Prüfung für Berufskraftfahrer*innen zu senken und diese auch englischsprachig anzubieten.
- Arbeitnehmer*innen durch gute Arbeitsbedingungen, Wertschätzung und finanzielle Anreize dauerhaft in den Unternehmen zu halten;
- sich für die Sicherheit von Bus-, Tram- und U-Bahnfahrer*innen einzusetzen und diese vor Aggressionen und Gewalt im Nahverkehr zu schützen;
- sich mit den anderen Bundesländern für eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes einzusetzen, um die dringend notwendige Ausweitung der Investitionen zum Ausbau des ÖPNV zu finanzieren;
- sich mit dem Bund und den anderen Bundesländern dafür einzusetzen, den Preis des 49-Euro-Tickets auch in den nächsten Jahren konstant zu halten;
- Einführung einer dritten Finanzierungssäule für den Nahverkehr, um die finanzielle Basis des ÖPNV zu stärken und damit die Steigerung der Investitionen in den ÖPNV, eine bessere Bezahlung der Beschäftigten und eine Verbesserung der Attraktivität des ÖPNV zu ermöglichen.

Begründung

Ein moderner, nachhaltiger, leistungsstarker, zuverlässiger und attraktiver ÖPNV im Umweltverbund mit guten Rad- und Fußwegen ist eine zentrale Stellschraube für weniger Individualverkehr und mehr Klimaschutz. Deswegen muss der Senat alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die hohen CO₂-Emissionen des Verkehrssektors massiv zu senken.

Unter der Kampagne #wirfahrenzusammen streiten Beschäftigte des ÖPNV, die zuständige Gewerkschaft ver.di und Klimaaktivist*innen von Fridays for Future gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal und höhere Investitionen in den ÖPNV als Beitrag zur Mobilitätswende und Bekämpfung der Klimakatastrophe.

Knapp 20.000 Beschäftigte von BVG und BT (Berlin Transport) sorgen täglich für die klimafreundliche Mobilität von uns Berliner*innen. Doch ihr Arbeitsalltag ist oft bestimmt von extremer Arbeitsbelastung, einem unsicheren Arbeitsumfeld durch marode Infrastruktur sowie durch Personalmangel. Das führt wiederum zu Stress und hohen Krankheitsständen, was die Situation weiter verschärft.

Um den Takt gerade in den Außenbezirken zu verdichten und neue Strecken bedienen zu können, muss das Personal in den kommenden Jahren aufgestockt werden. Bessere Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und Investitionen in den ÖPNV machen es möglich, dass Wartezeiten verkürzt und Fahrausfälle sowie überfüllte Busse und Bahnen verhindert werden können.

Denn durch die autozentrierte Politik der letzten Jahrzehnte wurden der ÖPNV sowie die Fuß- und Radinfrastruktur lange vernachlässigt und kaputt gespart. Mit dem Mobilitätsgesetz und dem Nahverkehrsplan, der ÖPNV-Investitionen in zuvor nie gekannter Milliardenhöhe vorsieht, wurde das in der letzten Rot-Rot-Grünen Regierung geändert. Jetzt kommt es darauf an, dass diese Erfolge nicht durch die autozentrierte Rückschrittpolitik der aktuellen Koalition zurückgedreht werden.

Berlin, den 12. März 2024

Jarasch Graf Kapek Wapler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen